

An der Hauptverkehrsstraße stirbt man schneller

Umweltminister Johannes Remmel stellt Langzeitstudie vor: Die Feinstaubbelastung ist gefährlicher als bisher bekannt

Matthias Korfmann

Düsseldorf. Feinstaub in der Atemluft ist möglicherweise noch gefährlicher, als bisher bekannt war. Nordrhein-Westfalens Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) sieht „akuten Handlungsbedarf“, insbesondere im Ruhrgebiet. Neue Studien bestätigten einen Zusammenhang zwischen Sterblichkeit, schweren Krankheiten und Feinstaubbelastung.

Vor der beginnenden Diskussion um neue Luftreinhaltepläne stellte der Minister Details aus einer Langzeitstudie vor. Ein Ergebnis: Menschen, die nahe an Hauptverkehrsstraßen wohnen, sterben, statistisch gesehen, früher und werden häufiger schwer krank. Herzinfarkte und Lungenkrebs seien auf Feinstaub zurückzuführen; möglicherweise löse der Staub sogar Diabetes aus. Besonders dringlich sei die Reduzierung des giftigen Stickstoffdioxids (NO₂): Letztes Jahr wurden an 76 von 121 Messstellen die NO₂-Grenzwerte überschritten.

Der Minister glaubt, dass sich die Umweltzonen im Ruhrgebiet insgesamt bewährt hätten. Die Feinstaubbelastung sei hier in den letzten Jahren leicht um ein bis zwei Mikrogramm pro Kubikmeter Luft auf 24 Mikrogramm gesunken. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt allerdings einen Wert von 20 Mikrogramm. In Dortmund, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Krefeld, Aachen und Mönchengladbach wurden 2009 an über 35 Tagen erhöhte Feinstaubwerte gemessen. Extrem hoch belastet sind immer noch die Brackeler Straße in Dortmund und die Gladbecker Straße in Essen mit 42 bzw. 47 Überschreitungs-Tagen.

Was gegen Feinstaub unternommen werden kann, sollen nun Städte, Regierungspräsidenten, Umweltexperten und Wirtschaftsverbände gemeinsam beraten. Das Umweltministerium sieht sich als „Vermittler“. Johannes Remmel glaubt aber, dass eine Verschärfung der Regeln in Umweltzonen und die Ausweitung dieser Zonen „zu diskutieren sein wird“. Manche Kommunen preschen da schon vor: So sind in Münster nur noch gelbe und grüne Plaketten zugelassen. Über noch schärfere Regeln denkt man in Krefeld und Dinslaken nach.

WAZ, 3. November 2010